

15. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Claudia Hämmerling (Bündnis 90/Die Grünen)

vom 31. Oktober 2003 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. Oktober 2003) und **Antwort**

Golfplatz im EU-geförderten Landschaftspark in Blankenburg

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Treffen Informationen zu, dass im Landschaftspark Nordost, an der südlichen Siedlungskante von Blankenburg, ein Golfplatz geplant wird?

Zu 1.: Ja, der Bezirk Pankow hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung gemäß § 10 Abs 6 AGBauGB am 24.07.2003 über die Antragstellung zur Erteilung eines „Vorbescheides zur Errichtung eines Golfplatzes nördlich des Blankenburger Pflasterweges“ unterrichtet. Der Antragsteller plant die Errichtung einer 18-Loch Golfanlage mit einer Fläche von rd. 56 ha nördlich des Blankenburger Pflasterweges.

Frage 2: Treffen Informationen zu, dass diese Planungen von den zuständigen Behörden unterstützt werden?

Zu 2.: Ja. In Gesprächen zwischen dem Bezirk Pankow und dem Senat wurde deutlich, dass ein Golfplatz zur Attraktivitätssteigerung des Berliner Nordostens wünschenswert wäre. Dabei sind die Belange der Freiraum- und Siedlungsentwicklung von den zuständigen Behörden zu beachten.

Frage 3: Wie bewertet der Senat die Auffassung, dass im Fall der Genehmigung des Golfplatzes die EU-Fördermittel, die für die Gestaltung des Landschaftsparks verwendet wurden, zurückzuzahlen sind?

Zu 3.: Für die Gestaltung des Landschaftsparks Nordost sind bis zum Ablauf des Jahres 1999 EU-Fördermittel für einzelne Maßnahmen verwendet worden. Nach 10 - 12 Jahren nach Ablauf der Förderdauer ist eine Nachnutzung auf geförderten Flächen ohne Rückerstattung möglich. Soweit der derzeitige Planungsstand des Vorhabenträgers eine Aussage zulässt, erfolgte der Mittel-

einsatz außerhalb des vom Antragsteller beplanten Geländes. Sollte es zu Überplanung von im Rahmen der Landschaftsparkgestaltung geförderten Bereichen kommen, muss sichergestellt werden, dass das Vorhaben die gestalteten Bereiche einbezieht.

Berlin, den 18. November 2003

In Vertretung

Dr. Stimmann

.....
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. Novemb. 2003)